

In der Krise hat der öffentliche Dienst wieder einmal seine Leistungsfähigkeit bewiesen

Interview mit dem Präsidenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Das DBB Magazin hat Martin Bornträger, den Präsidenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW) für die Sommerausgabe interviewt. Neben dem Chefredakteur Joachim Klein nahm Sebastian Schallau, stellvertretender Landesjugendleiter der dbb jugend nrw, an dem Interview teil. Letzterer ist auch Mitglied im Senat der Hochschule.



Joachim Klein, Martin Bornträger und Sebastian Schallau (von links)

DBB NRW Magazin: Herr Bornträger, wir freuen uns, dass wir hier bei Ihnen in der Zentralverwaltung bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW in Gelsenkirchen mit Ihnen ein Gespräch führen können. Was können Sie uns über Ihre Einrichtung sagen?

Martin Bornträger: Die „Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW“ heißt erst seit Anfang des Jahres so. Vorher waren wir die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Aber jetzt steht drauf, was drin ist. Die Hochschule hat eine große Entwicklung

seit ihrer Gründung im Jahre 1976 durchlebt und ist mittlerweile die größte Verwaltungshochschule in Deutschland und sogar in Europa.

Wir sind inzwischen etwa 13 000 Studierende mit weiter steigender Tendenz. Für die gro-

ßen Zahlen ist auch die Polizei verantwortlich, weil die Politik für den Nachersatz bei der Polizei viel getan hat. Ein großer Teil unserer Studierenden kommt aus diesem Bereich. 2019 haben 2 500 Studierende allein ein Polizeistudium bei der Hochschule anfangen. Das ist die höchste Anzahl, die jemals an unserer Hochschule Polizeivollzugsdienst studiert hat.

Unser zweiter Fachbereich beinhaltet die Verwaltungsstudiengänge. Hier studiert der Nachwuchs für die kommunale Verwaltung, die staatliche Verwaltung und die Rentenversicherung. Ab kommendem Studienjahr wird auch erstmals Verwaltungsinformatik angeboten. Es handelt sich um Bachelorstudiengänge, Absolvierende erwerben die Befähigung zur Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst).

Neben rund 300 hauptamtlichen Lehrenden haben wir auch einen großen Teil von nebenberuflich Tätigen, insgesamt sind es 1 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

3 Einkommensrunde 2020

Mangelnde Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeber



4 Frauen sind unverzichtbar

Interview mit Anusch Melkonyan



6 Corona-Pandemie und die JVA

Kurz nachgefragt bei Ulrich Biermann



DBB NRW Magazin: Das sind Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst in der Praxis sind?

Martin Borntträger: Ja, und das ist auch gut so. Wir bieten ja ein duales Studium mit einem hohen Praxisanteil an. Wir bilden aus der Praxis für die Praxis aus.

DBB NRW Magazin: Und wo ist Ihre Einrichtung „Hochschule“?

Martin Borntträger: Wir gehören zwar als interne Hochschule zum Ministerium des Innern des Landes NRW, unterscheiden uns aber, was unsere Abschlüsse und die Qualität von Lehre und Forschung betrifft, nicht von den restlichen, staatlichen Hochschulen im Land. Daher finde ich es wichtig, dass wir analog zu den anderen Hochschulen an Landesprojekten und Ausschreibungen teilnehmen können – zum Beispiel beim Thema Digitalisierung. Wir haben im letzten Jahr erstmalig einen Hochschulentwicklungsplan vorgelegt, in dem wir festgelegt haben, wo wir in den nächsten Jahren hin wollen.

DBB NRW Magazin: Im März kam dann die Corona-Pandemie. Wie ist die Hochschule damit umgegangen?

Martin Borntträger: Als der Lockdown am 16. März dieses Jahres verkündet wurde, hat uns das – wie alle anderen Einrichtungen im Land auch, sehr getroffen. Wir mussten über Nacht Online-Lehre organisieren. Bis die Technik soweit war, bis die Lehrenden sich entsprechend umgestellt haben, das hat natürlich etwas gedauert.

Wir waren im Übrigen eine der ersten Institutionen in der nordrhein-westfälischen Verwaltung, die Ende Februar einen Krisenstab gebildet hat.

DBB NRW Magazin: War auch die Personalvertretung daran beteiligt?

Martin Borntträger: Es waren aus allen relevanten Verwaltungseinheiten Personen im Krisenstab vertreten. Die Personalvertretung war zu Anfang nicht als Institution dabei. Ein Krisenstab muss, gerade zu Beginn, möglichst klein sein, um schnell reagieren zu können. Die Personalräte sind von mir jedoch regelmäßig und kontinuierlich informiert worden.

Bei den strategischen Koordinationsgremien sind die Personalräte jetzt mit dabei. Dort wird entschieden, wie es in nächster Zeit weitergeht.

DBB NRW Magazin: Wie geht es denn am 1. September mit dem neuen Studienjahr weiter?

Martin Borntträger: Wir haben entschieden, dass der neue Studiengang ganz normal in Vollpräsenz beginnt. Es gelten natürlich nach wie vor die Hygienemaßnahmen der Corona-Schutzverordnung. Und wir nehmen Rücksicht auf Studierende und Lehrende, die zur Risikogruppe gehören. Die Überlegung ist, dass wir für diese Personengruppe einen kompletten Online-Kurs anbieten.

DBB NRW Magazin: Und wie ist es zurzeit, finden Präsenzveranstaltungen statt?

Martin Borntträger: Derzeit laufen die Prüfungen in Präsenz und wir haben während der Krise einen präsenzreduzierten Betrieb sichergestellt.

DBB NRW Magazin: Und wenn jetzt wieder ein Lockdown verkündet wird, sind Sie in der Lage, darauf zu reagieren?

Martin Borntträger: Ich glaube nicht, dass wir einen kompletten Lockdown erleben werden. Aber wir können und werden dezentral reagieren. Zum Beispiel im aktuellen Fall im Kreis Gütersloh (Tönnies) haben wir in der Abteilung Münster, die



Martin Borntträger

an den Kreis angrenzt, die Klausurläufe entsprechend verschoben.

Das wird auch die Herangehensweise in den nächsten Monaten sein. Dass wir jedes Mal regional schauen, ob und wie wir reagieren müssen.

DBB NRW Magazin: Ist das auch die Lehre, die Sie aus der jetzigen Krise gezogen haben?

Martin Borntträger: Ich glaube, dass die Lehrenden schon in der Lage gewesen wären, Online-Lehre zu geben. Sie waren nur nicht darauf vorbereitet. Wir sind jedoch jetzt deutlich besser aufgestellt, als wir das am 16. März 2020 waren.

Alle Lehrenden sind mit aktuellen Notebooks mit Dockingstation ausgestattet worden und können die notwendige Software nutzen. Damit sind sie in der Lage, online zu lehren, wenn es notwendig ist.

DBB NRW Magazin: Wie werden die Studierenden der Kommunalverwaltung auf Gefahrensituationen vorbereitet?

Martin Borntträger: Hier ergibt sich eine geteilte Zuständigkeit. Der Dienstherr auf der einen Seite, der kommunale Arbeitgeber, ist gefordert, die Studierenden seiner Einrichtung auf solche Situationen vorzubereiten.

Die Hochschule geht dieses Thema unter anderem in der Berufsreflexion an. Auch beim sogenannten Training Sozialer Kompetenzen werden genau diese Situationen versucht, nachzuempfinden und zu schulen.

DBB NRW Magazin: Gibt es einen Austausch zwischen den kommunalen Arbeitgebern und der Hochschule zu dieser Thematik?

Martin Borntträger: Unser Fachbereich ist regelmäßig mit den Einstellungsbehörden im Gespräch.

DBB NRW Magazin: Auch die jungen Studierenden für den Polizeiberuf bekommen zunehmend mit, dass die Gewalt gegen staatliche Organe zunimmt. Wie geht die Hochschule mit diesem psychischen Druck, der unter Umständen auf die jungen Kolleginnen und Kollegen zukommt, um?

Martin Borntträger: Die Dozentinnen und Dozenten an unserer Hochschule haben selbst langjährige Berufserfahrung und können den Studierenden helfen. Darüber hinaus haben wir Psychologen und entsprechende Fächer, wo das natürlich auch ein Thema ist.



Im Interview im Büro des Präsidenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Wir haben an unseren Studienorten auch Studierendenberatungen, zu denen können die Studierenden mit ihren Ängsten, Sorgen und Nöten gehen und werden – wenn nötig – auch psychologisch betreut.

Häufig geht es aber auch darum: Wie schaffe ich mein Studium, welche Herausforderung habe ich während des Studiums. Aber wenn aus der Praxis kommende Erlebnisse verarbeitet werden müssen oder auch Sorgen vorhanden sind, was der Studierende später in der Praxis erwartet. Das kann auch in den Studierendenberatungen aufgefangen werden.

DBB NRW Magazin: Als Hochschule bieten Sie ja auch Masterstudiengänge an. Nach unserer Kenntnis ist es so, wenn man den Master of Public Ma-

agement ablegt, wird dieser zum Lehrgang 2.2 nicht zugelassen.

Martin Borträger: Die Frage ist durchaus sehr aktuell. Wir bieten im Moment in der Tat einen Master an, der nach der Laufbahnverordnung nicht automatisch für die Laufbahngruppe 2.2 qualifiziert.

Wir arbeiten gerade daran, das Fachhochschulgesetz so zu ändern, dass das möglich ist. Wenn wir das erreicht haben, dann ist es nur richtig, dass dieser dann den Weg in den ehemals höheren Dienst ebnet.

Abschließend möchte ich in Bezug auf die Bewältigung der Krise bei uns in der Hochschule sagen: Es wird häufig auf den öffentlichen Dienst geschimpft. Aber in

dieser Zeit hat der öffentliche Dienst wieder einmal seine Leistungsfähigkeit bewiesen.

Gerade in einer Krise kann man sehr gut durch ein Brennglas schauen. Man sieht dort Dinge, die gut laufen, aber auch Dinge, die nicht besonders gut laufen. Und ich bin sehr zufrieden, was ich durch dieses Brennglas während der Krise gesehen habe.

Ich bin jetzt seit anderthalb Jahren Präsident der HSVP NRW und die letzten Monate haben mir noch einmal gezeigt, wie gut diese Hochschule aufgestellt ist und warum es mir viel Freude macht, mit den Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten.

DBB NRW Magazin: Wenn das kein schönes Schlusswort ist! Herzlichen Dank für das Interview und einen guten Start zum 1. September für das neue Studienjahr. ■

Die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV NRW) ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist die größte Verwaltungshochschule in Deutschland und im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern angesiedelt.

Die Hochschule verfügt über zehn Studienorte und bietet vor allem Bachelorstudiengänge für den Polizeichef Polizeivollzugsdienst, den kommunalen Verwaltungsdienst und für die Rentenversicherung an (www.hspv.nrw.de).

Besoldungsgespräche

Keine Verschiebung der Einkommensrunde 2020

Mangelnde Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeber

Gerade die vergangenen Monate haben gezeigt, wie leistungsfähig und vor allem systemrelevant der öffentliche Dienst ist. Geht es nach den kommunalen Arbeitgebern, soll sich die Wertschätzung dafür jedoch offensichtlich auf „Klatschen“ und „warme Worte“ beschränken. Denn trotz der angespannten Lage rund um die Corona-Pandemie ist die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) nicht bereit, über eine Verschiebung der Einkommensrunde zu sprechen.

„Der Zeitplan für die Einkommensrunde 2020 von Bund und Kommunen wurde vor der Pandemie festgelegt. Die Entwicklungen rund um Corona haben einmal mehr die Einsatzbereitschaft und Flexibilität der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gezeigt. Eine solch flexible Reaktion hätten wir in der aktuellen Situation auch von der kommunalen Arbeitgeberseite erwartet. Ein alternatives Vorgehen hat die VKA jedoch abgelehnt. Stattdessen hält man starr am ursprünglichen Plan fest“, zeigt

sich **Andreas Hemsing**, Vorsitzender der Landestarifkommission des DBB NRW sowie stellv. Vorsitzender der Bundestarifkommission, enttäuscht.

Entsprechend bleibt dem Deutschen Beamtenbund und Tarifunion keine Wahl, außer den Tarifvertrag Bund und Kommunen zum 31. August 2020 zu kündigen. Die Forcierungsfindung ist für Ende August geplant. Die Arbeitgeber können sich darauf einstellen, dass diese zwar mit Augenmaß aufgestellt werden, aber

dennoch einen deutlichen Beitrag der Wertschätzung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst beinhalten werden.

„Der Applaus von den Balkonen ist verhallt, die Wertschätzungsparolen der kommunalen Arbeitgeber haben sich schon weit vor der Einkommensrunde als Sonntags-

reden erwiesen. Für uns ist nach wie vor klar: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind systemrelevant. Das muss nicht nur in den Köpfen hängen bleiben, sondern sich endlich auch in attraktiven Einkommens- und Arbeitsbedingungen wiederfinden. Mit dieser klaren Haltung gehen wir in die Verhandlungen“, so Andreas Hemsing. ■



© Marco2811

Verbesserung der Zusammenarbeit der kommunalen Ordnungsdienste mit der Polizei

Erste Ergebnisse aus Gespräch des DBB NRW mit Minister des Innern, Herbert Reul

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei und örtlichen Ordnungsbehörden fördern – das war eine der Forderungen, die der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen beim letzten Gespräch mit dem Minister des Innern, Herbert Reul, anbringen konnte.



© thodonal / stock.adobe.com

Offensichtlich war der nordrhein-westfälische Beamtenbund mit diesem Thema nicht nur beim Minister auf offene Ohren gestoßen, denn nun haben die regierungstragenden Fraktionen im Landtag einen entsprechenden Antrag gestellt. Darin kündigen sie unter anderem eine Verbesserung der Zusammenarbeit der kommunalen Ordnungsdienste mit der Polizei an sowie eine bessere Aus- und Fortbildung und Ausstattung für die Ordnungsbehörden.

„Es gibt zahlreiche Städte, in denen die Zusammenarbeit von

Polizei und den örtlichen Ordnungsbehörden zum Beispiel im Rahmen von ‚City-Wachen‘ hervorragend funktioniert“, erklärt **Roland Staupe**, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Wir freuen uns, dass die Forderung des Beamtenbundes aufgenommen wurde, diese Kooperationen weiterzuentwickeln.“

Ebenfalls positiv steht der Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen einer geplanten Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung sowie einer Verbesserung der Ausstattung gegenüber und hofft auf eine schnelle Umsetzung. *JMJ*

Frauenvertretung

Frauen sind unverzichtbar, auch im Berufsleben!

Interview mit Anusch Melkonyan, Vorsitzende der DBB NRW Frauenvertretung

Die Vorsitzende der Frauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen, Anusch Melkonyan, macht auf mehrere Schwachstellen auf dem Weg zur Gleichstellung während der Coronapandemie aufmerksam.

DBB NRW Magazin: Frau Melkonyan, seit März 2020 bestimmt COVID-19 unseren beruflichen und privaten Alltag. Stellen Sie Auswirkungen auf Frauen im Berufsleben fest?

Anusch Melkonyan: Auf jeden Fall. Viele Kolleginnen wurden ins Homeoffice oder die Telearbeit geschickt, wenn der Arbeitsplatz dies zuließ. Bis heute arbeiten nach wie vor auch sehr viele von zu Hause aus. Das schnelle Handeln der Dienststellen ist sehr zu begrüßen. Doch die Bedingungen, unter denen die Arbeit zu Hause erledigt wird, sind nicht immer optimal.

DBB NRW Magazin: Wie meinen Sie das? Im Zeitalter der Digitalisierung ist es doch nachvollziehbar, mehr von zu Hause aus als im Büro in der Dienststelle zu arbeiten.

Anusch Melkonyan: Das ist richtig. Allerdings waren gerade zu Beginn der Corona-Pandemie Kitas, Schulen, Tagespflegeeinrichtungen etc. geschlossen. Da nach wie vor die Care-Arbeit zum größten Teil von Frauen geleistet wird, mussten sich Frauen sowohl um den Job als auch gleichzeitig um diese Arbeit kümmern.

Ein drei-jähriges Kind lässt sich nicht in die Ecke setzen, damit man selbst konzent-



Anusch Melkonyan

© F. Windmüller

riert und ungestört arbeiten kann. Es sind in erster Linie Frauen, die sich auch in der Pandemiezeit um die Sicherung der Pflege ihrer pflegebedürftigen Angehörigen kümmern, weil der Pflegedienst abkömmlich war. Diese Situation hat Frauen enorm gefordert. Mir sind Fälle bekannt, bei denen Frauen abends bis spät in die Nacht

am Laptop für ihren Beruf gearbeitet haben, da dann die Kinder im Bett waren. Besonders Alleinerziehende wurden weit über ihre Grenzen hinaus belastet. Etliche Frauen mussten Urlaub nehmen, also haben sich wieder einmal entscheiden müssen: Beruf oder Familie? Und wir haben viele Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind.

DBB NRW Magazin: Also hat uns die Corona-Pandemie auf dem Weg der Chancengerechtigkeit oder Gleichstellung der Geschlechter geschadet?

Anusch Melkonyan: Soweit würde ich noch nicht gehen. Dennoch hat die Krise mehrere Schwachstellen auf dem Weg zur Gleichstellung offengelegt und eben hier müssen wir alle gut reagieren.

Es darf nicht sein, dass wieder einmal die Frau die Care-Arbeit leistet und sich um die Organisation der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben kümmern muss und dabei ihrem Beruf nicht nachgehen kann.

Wenn die Krise zu dieser Denkweise führen würde, wäre es nicht nur ein großer Rückschritt bei der Gleichstellung von Frauen und Männern, ich persönlich fände es eine Katastrophe. Frauen sind unverzichtbar, auch

im Berufsleben! Der Tagesspiegel (Ausgabe vom 19. März 2020) hat es so ausgesprochen: „Es sind Frauen, die das Land rocken.“ Und damit war nicht gemeint: Frauen kümmern sich wieder um die Familie, sondern hier ging es explizit um berufstätige Frauen, die für die Gesellschaft einen sehr wichtigen Beitrag leisten.

DBB NRW Magazin: Kommen wir noch mal auf die Digitalisierung zu sprechen. Sollte Homeoffice oder Telearbeit nicht dennoch weiterhin genutzt werden?

Anusch Melkonyan: Selbstverständlich! Ich begrüße es ausdrücklich, dass es diese Möglichkeit gibt. Eventuell lange Fahrzeiten fallen weg, die Umwelt wird deutlich weniger belastet.

Es ist allgemein bekannt, dass die Arbeit im Homeoffice oder

Telearbeit sehr effektiv ist. Doch auch hier gibt es Dinge, die ich als Vorsitzende der DBB NRW Frauenvertretung anmerken möchte. Es muss immer freiwillig bleiben und sollte auch alternierend angeboten werden. So schön Videokonferenzen sind, der persönliche Kontakt ist einfach nicht zu ersetzen.

Aber es müssen weitere Standards erarbeitet werden, Stichwort Beurteilungen. Es ist nachgewiesen, dass Frauen in Teilzeit oder Telearbeit schlechter beurteilt werden. Dadurch, dass Frauen nicht täglich acht Stunden sichtbar sind, werden sie schlichtweg übersehen und dann eben meist schlechter beurteilt. Für das berufliche Weiterkommen ist dies eine Katastrophe und Frauen sind noch lange nicht so stark in Führungspositionen vertreten wie Männer. Wir brauchen also dringend bessere Standards in

Beurteilungen, die dieses Dilemma abschaffen.

Die Corona-Krise hat uns auch gezeigt, dass klar zwischen Arbeits- und Privatleben getrennt werden muss. Mal eben abends bis spät in die Nacht oder aber am Wochenende arbeiten mag für einige reizvoll klingen, aber es darf einfach nicht sein. Die Entgrenzung müssen wir im Blick haben und auch hierfür Rahmenregelungen schaffen. Aber ich bin mir sicher, dass wir dies hinbekommen, wenn die Politik sich die entsprechende Expertise von Frauenverbänden, Gewerkschaften oder Institutionen holt, um diesen Prozess erfolgreich zu gestalten.

DBB NRW Magazin: Herzlichen Dank für das Interview und viel Erfolg bei der Durchsetzung Ihrer Ziele als DBB NRW Frauenvertretung. ■

DBB intern

Zusammenarbeit mit der Polizei verbessert

Forderungen des DGVB NRW wurden umgesetzt

Gewaltsame Übergriffe auf Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher haben zugenommen. Deshalb hat der Deutsche Gerichtsvollzieherbund, Landesverband Nordrhein-Westfalen (DGVB NRW) gegenüber dem Ministerium der Justiz NRW (JM) in einem „Masterplan Sicherheit“ einige Vorschläge gemacht, um die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten zu verbessern.

Nach einem gemeinsamen Gespräch mit dem Minister des Innern, **Herbert Reul**, und dem Minister der Justiz, **Peter Biesenbach**, (Mdl) im Landtag Nordrhein-Westfalen war der Vorsitzende des DGVB NRW, **Frank Neuhaus**, zufrieden: „Die Anfragen an die Polizei, ob polizeiliche Hilfe bei vermutlich gewaltbereiten Schuldern gewährt werden kann, sind endlich unbürokratischer gestaltet worden. Es ist nun erheblich einfacher für die Kolleginnen und Kollegen, polizeiliche Hilfe anzufordern.“ Wir haben uns

hierfür bei den Ministern Reul und Biesenbach bedankt.

Der gemeinsame Runderlass zur Zusammenarbeit von Polizei und Gerichtsvollziehern wurde bereits geändert. Auch haben die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher nun feste Ansprechpartner bei der Polizei, um die Kommunikationswege zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Die stellv. Landesvorsitzende des DGVB NRW, **Bettina Marchlewski**, hierzu: „Wir freuen uns,



Bettina Marchlewski, Herbert Reul, Peter Biesenbach und Frank Neuhaus (v. l.)

dass damit zwei zentrale Forderungen des DGVB NRW zur Verbesserung der Sicherheit umgesetzt wurden.“

Neuhaus und Marchlewski vereinbarten darüber hinaus weitere gemeinsame Gespräche mit dem JM und dem Ministerium des Innern, wobei weitere Möglichkeiten der Verbesserung der Sicherheit der Kolle-

ginnen und Kollegen beleuchtet werden sollen.

Auch in die Ausbildung der Polizei sollen die rechtlichen Grundlagen der Arbeit der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zukünftig eingebaut werden. Über weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit dauern die Gespräche noch an. ■

Kurz nachgefragt ...



... bei Sandra van Heemskerck, stellv. Landesvorsitzende der komba gewerkschaft nrw.

? **Sandra van Heemskerck, wie sind die Kitas mit der Öffnung am 8. Juni zurechtgekommen?**

Mehr Kita-Alltag hat Konsequenzen – Alle Kitas sind seit dem 8. Juni wieder geöffnet. Die nach dem Lockdown stetig erweiterte Notbetreuung wurde von einem sogenannten eingeschränkten Regelbetrieb abgelöst.

Was ein Stück weit Normalität suggerieren soll, ist allerdings mit erheblichen Einschränkungen und Unsicherheiten verbunden. Nicht nur die Rahmenbedingungen sind in der Kita-Praxis derzeit andere als die gewohnten, die Bildungsarbeit ist es vielfach auch. Was wir schon jetzt feststellen können: Ein mehr an Kita-Alltag unter den aktuellen Umständen hat Konsequenzen. So wurde beispielsweise der Fachkräfteschlüssel ausgesetzt.

Als komba gewerkschaft nrw sehen wir diesen Aspekt besonders kritisch. Es kann nicht auf der einen Seite betont werden, wie wichtig die Teilhabe an frühkindlicher Bildung ist und damit das Öffnen der Einrichtungen begründet werden, um gleichzeitig den Fachkräfteschlüssel herabzusetzen. Pädagogische Arbeit kann so nur auf der Strecke bleiben.

Mangelnde personelle und räumliche Ressourcen stellen die besonders geforderten Kita-Leitungen vor enorme Herausforderungen. Demgegenüber steht die Erwartungshaltung der Eltern an die wieder geöffnete Kita. Die Beschäftigten machen wie immer vieles möglich und befinden sich damit in einem stetigen Balanceakt. Die vielfach beschworene Systemrelevanz muss sich nicht zuletzt endlich auch in entsprechenden Einkommens- und Arbeitsbedingungen wiederfinden.

Wir als komba gewerkschaft nrw werden den gesamten Prozess weiter aufmerksam begleiten.

Mehr Informationen auch unter:
www.komba-nrw.de



... bei Ulrich Biermann, Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Landesverband Nordrhein-Westfalen (BSBD NRW).

? **Ulrich Biermann, was hat sich durch die Corona-Pandemie in den Justizvollzugsanstalten geändert?**

Am 1. April 2020 hat das Virus auch den Justizvollzug unseres Landes erreicht. In einer Einrichtung des offenen Erwachsenenvollzuges wurde der erste Gefangene in Nordrhein-Westfalen positiv auf SARS-CoV-2 getestet.

Auch der Vollzug hat bis dahin Vorbereitungen getroffen. **Peter Biesenbach** (CDU), Minister der Justiz des Landes NRW, hatte in den vorangegangenen Wochen bereits Maßnahmen getroffen, um bis zu 1 000 Haftplätze zu räumen, um sie für Quarantänemaßnahmen nutzen zu können.

Im Ergebnis wurden ab diesem Zeitpunkt Ersatzfreiheitsstrafen nicht mehr vollstreckt. Strafen bis zu eineinhalb Jahren wegen minder schwerer Delikte wurden unterbrochen und bei Strafen bis zu zwölf Monaten wurde die Vollstreckung aufgeschoben.

Besuchsregelungen sowie vollzugsöffnende Maßnahmen mussten teilweise bis auf den Nullpunkt zurückgefahren werden. Bis zum heutigen Tage ist es so gelungen, den NRW-Strafvollzug von einer Durchsuchung zu verschonen. Die in den Einrichtungen tätigen Kolleginnen und Kollegen setzen mit ihrem täglichen Einsatz seither alles daran, dass dies auch so bleibt.

Abstandsregeln können in einer Zwangsgemeinschaft wie dem Vollzug nur unzulänglich eingehalten werden. Wir müssen weiterhin zu jeder Zeit mit Spontanhandlungen rechnen, die uns unmittelbar fordern.

In der Hoffnung auf ein entspannendes Infektionsgeschehen, ist auch der Justizvollzug aktuell damit befasst, wieder in den Normalbetrieb zu kommen. Die wesentliche Aufgabe bleibt dabei, die Vollzugseinrichtungen möglichst lange von infizierten Personen frei zu halten. Beabsichtigt ist es, grundsätzlich alle Zugänge zu testen. Nur so ist es möglich, Zugänge und Verdachtsfälle in den Einrichtungen zu trennen und ggf. zu isolieren.

Das Ministerium bleibt weiterhin gefordert und in der Pflicht, etwa notwendige Schutzausrüstung für die Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung zu stellen, damit die Risiken für uns alle reduziert werden. Der Strafvollzug ist wesentlich für die öffentliche Sicherheit und wir stehen in der Pflicht, diese Aufgabe im Dienst an der Gesellschaft entsprechend gut zu erfüllen.

Fast normal: Online-Konferenzen beim DBB NRW

Sitzung der Vorsitzenden der Kreis-/Stadtverbände per Videokonferenz

Die Verantwortlichen beim Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen haben sich auf die neue Situation eingestellt und führen Videokonferenzen durch. So auch die jüngste Sitzung der Vorsitzenden der Kreis-/Stadtverbände des DBB NRW.

Unter der Leitung von **Himmel Ertürk** (stellv. Vorsitzender DBB NRW) und **Astrid Walter-Strietzel**

(Vorstandsmitglied DBB NRW) fand die Sitzung am 5. Juni 2020 ab 13 Uhr online statt.

Gerade in der jetzigen schwierigen Situation wollte der DBB NRW die Kreis- und Stadtverbände über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Berufspolitik informieren. Dies hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Staude**, auch selbst übernommen.

Auch wenn die Notwendigkeit der Online-Meetings gesehen wird, so ist man sich unter den Ehrenamtlichen im DBB NRW einig: Auf Dauer können diese virtuellen Treffen nicht Präsenztermine und damit den persönlichen Kontakt ersetzen.



Himmel Ertürk (stellv. Vorsitzender DBB NRW)



Astrid Walter-Strietzel (Vorstandsmitglied DBB NRW)

Personalratswahlen

Personalratswahlen 2020/2021: neue Wahltermine

Nachdem Corona-bedingt die Personalratswahlen in der Landesverwaltung im Juni dieses Jahres verschoben werden mussten, liegen nun die meisten Wahltermine für die verschiedenen Personalratswahlen in den Ressorts fest:

- Staatskanzlei am 29. Oktober 2020
- Ministerium der Finanzen am 29. Oktober 2020
- Ministerium des Innern am 11. März 2021
- Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration voraussichtlich am 11. März 2021
- Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie voraussichtlich am 11. März 2021
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales voraussichtlich am 11. März 2021
- Ministerium für Schule und Bildung (Lehrerpersonalräte) am 1. Oktober 2020
- Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung voraussichtlich am 11. März 2021
- Ministerium der Justiz – allgemeiner HPR am 17. November 2020

- Vollzug HPR am 29. Oktober 2020
- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz voraussichtlich am 11. März 2021
- Ministerium für Kultur und Wissenschaft am 3. Dezember 2020.

Die Sonderausgabe des DBB Magazins zu den Personalratswahlen erscheint jetzt im September. ■

© Tim Reckmann / pixello.de

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender), Telefon: 0211.491583-0, Telefax: 0211.491583-10, E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de, Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Johanna Muschalik-Jaskolk (JM) und Markus Klügel (MK)

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de, **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon: 030.7261917-0, Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715, **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, Telefon: 02102.74023-714, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712, Preisliste 42, gültig ab 1.10.2019, **Ständige Beilage:** dbb magazin, ISSN 1438-2989

So einen Landesjugendausschuss gab es noch nie

dbb jugend nrw führt Tagung als Videokonferenz durch

Seit Jahrzehnten kommt bei der dbb jugend nrw der Landesjugendausschuss (LJA) – das zweithöchste Gremium des Verbands – zwei Mal im Jahr zusammen: zu einem Frühjahrs-LJA und zu einem Herbst-LJA. Corona hat auch hier einiges durcheinander gebracht. So gab es in diesem Jahr ein Novum: einen Sommer-LJA. Doch das war nicht die gravierendste Änderung.

Normalerweise sind es 70 bis 80 Delegierte und Gastdelegierte, die sich bei einer LJA-Tagung der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen treffen. Für zwei Tage kommen die jungen Gewerkschafter dann zusammen, um das letzte halbe Jahr Revue passieren zu lassen, die neuesten Verbands-News zu besprechen und abends gemeinsam zu feiern. Im Herbst trifft man sich stets im dbb forum siebengebirge im beschaulichen Königswinter-Thomasberg, während die Frühjahrstagung jeweils an unterschiedlichen Orten in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wird.

Doch in diesem Jahr kam alles anders: Für den Frühjahrs-LJA am 27./28. März in der Jugendherberge in Dortmund war schon alles vorbereitet. Dann kam die Corona-Pandemie dazwischen. Die gesamte Veranstaltung musste storniert und abgesagt werden. Nun, drei Monate später, wurde der Frühjahrs-LJA am 29. Juni als Sommer-LJA nachgeholt – und zwar erstmals in der Geschichte der dbb jugend nrw als reine Online-Veranstaltung.

Was aus der Not geboren wurde, klappte erstaunlich gut: Über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren zum LJA über



die Videokonferenz-Software Zoom zugeschaltet, als die Landesjugendleitung der dbb jugend nrw von der aktuellen Verbandsarbeit berichtete. Auch Dialog und Austausch in Echtzeit war möglich und sogar Abstimmungen konnten über die Software durchgeführt werden. Beim Tagesordnungspunkt „Bericht aus den Jugendgruppen“ berichteten alle zugeschalteten Untergliederungen des Verbands aus ihrem jeweiligen heimischen Wohnzimmer über die Arbeit in Corona-Zeiten. Und auch die Bundesjugendleiterin der dbb jugend (Bund), **Karoline Herrmann**, war zugeschaltet: zunächst über

eine eingespielte Videobotschaft und später auch live als Teilnehmerin – während sie gleichzeitig von einer anderen Gewerkschaftsveranstaltung kommend mit dem Zug von Bonn nach Hamburg fuhr.

Eine digitale Sitzung hat also auch Vorzüge. Doch den persönlichen Austausch von Angesicht zu Angesicht beim Feiern, Quatschen und Tagen kann eine Online-Videokonferenz nicht ersetzen. Die dbb jugend nrw freut sich daher schon sehr auf die Tagung im Herbst, wenn der LJA in Form einer Präsenzveranstaltung wieder im dbb forum siebengebirge tagen wird. **MK**

Jugend